

**VERBAND BERNISCHER ZIVILSTANDSBEAMTER  
ASSOCIATION BERNOISE DES OFFICIERS DE L'ÉTAT CIVIL**

Jahresversammlung vom 26. April 2001 in Moutier  
Assemblée générale du 26 avril 2001 à Moutier

**Rundgang zu den wichtigen Baustellen der Beurkundung des Personenstandes  
Parcours des projets importants de l'état civil**

von Rolf Reinhard<sup>1</sup>

**1 Einleitende Bemerkung**

Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen

Für die Einladung zum heutigen Anlass danke ich Ihnen. Gerne überbringe ich Ihnen die Grüsse des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, des Bundesamtes für Justiz sowie von Herrn Jäger und meinen Kolleginnen und Kollegen im Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen. Ich ermuntere Sie, mit mir nun die wichtigen Baustellen der Beurkundung des Personenstandes kurz zu besichtigen. Ziel ist es, Ihnen einen Überblick über den Stand aktueller Projekte zu verschaffen.

**2 Projekt "Infostar"**

Der Bundesrat verabschiedete am 14. Februar 2001 die Botschaft über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) in Sachen elektronische Führung der Personenstandsregister. Er beschloss zudem, im Sinne einer finanziellen Geste an die Kantone die Hälfte der Erstinvestitionskosten zu übernehmen. Das sind rund 2,5 Millionen Franken. Auch ermächtigte er das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zur Vorfinanzierung von fünf zusätzlichen Stellen, zwei für die Fachstelle "Infostar" beim Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen (EAZW) sowie drei für den Betrieb und die Pflege der Applikation "Infostar" beim Informatik Service Center (ISC) des EJPD.

---

<sup>1</sup> Lic. iur., Stellvertretender Chef des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen  
(Q:\Eazw\Reinhard\Referate\Vortrag Verband bernischer Zivilstandsbeamter Jahresversammlung 2001.doc)

Mit der Änderung des ZGB wird die Rechtsgrundlage für die Ablösung der heutigen Register auf Papier durch die Zentrale Datenbank "Infostar" geschaffen, die der Bund beim ISC EJPD auf Rechnung der Kantone betreibt. Die Kantone haben die Hälfte der Erstinvestitionskosten, das heisst rund 2,5 Millionen Franken, und die jährlichen Betriebskosten von rund 2 Millionen Franken zu tragen, die nach dem Kriterium der mittleren Wohnbevölkerung verteilt werden. Sie werden längerfristig, nach der Rückerfassung aktueller Daten aus den bisherigen Registern, mit Einsparungen von rund 10 Millionen Franken pro Jahr rechnen können.

Im geänderten ZGB kommt dem Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte der Personen, über die in "Infostar" Daten bearbeitet werden, eine hohe Bedeutung zu. Behörden ausserhalb des Zivilstandswesen können nur direkt auf Daten in "Infostar" zugreifen, wenn sie ausdrücklich im ZGB erwähnt sind. Vorgesehen sind zur Überprüfung von Personalien Direktzugriffe für die ausstellenden Behörden nach dem Bundesgesetz über Ausweise für Schweizer Staatsangehörige sowie für Bundesstellen, die für die Führung des automatisierten Fahndungssystems (RIPOL) und des automatisierten Strafregisters (VOSTRA) sowie für Nachforschungen nach vermissten Personen zuständig sind.

Nach dem aktuellen Stand der Planung soll die Entwicklung und Programmierung von "Infostar" bis Ende 2001 abgeschlossen sein. Im ersten Quartal 2002 findet der Pilotbetrieb 1 "Personenregister" statt. Es freut mich besonders, dass Ihre Zivilstandsämter Aarwangen, Burgdorf, Courtelary, Interlaken, Obersimmental, Signau und Wangen an der Aare zusammen mit Ihrem kantonalen Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst beteiligt sind. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und wünsche den Teilnehmenden eine interessante Zeit, die neben zusätzlichem Aufwand bestimmt auch Erleichterungen beim späteren vollen Übergang zu "Infostar" bringen wird. Neben Ihrem Kanton nehmen am Pilotbetrieb 1 "Personenregister" auch die Kantone Basel-Landschaft mit sechs, Solothurn mit sieben und Wallis mit zwei Zivilstandsämtern teil. Nach dieser Pilotphase folgt von April 2002 bis Ende März 2003 die Verbreitungsphase, während der alle Kantone und Zivilstandsämter sukzessive ans System "Infostar" angeschlossen werden. Im zweiten Quartal 2003 soll der Pilotbetrieb 2 "Ereignisregister" folgen. Die Schulung der Benutzenden beginnt Ende des laufenden Jahres und dauert bis zum Vollbetrieb Mitte 2003.

Eine gute Übersicht über das Projekt bietet die Themenseite "Infostar", die über die "Homepage" des Bundesamtes für Justiz zugänglich ist ([www.ofj.admin.ch](http://www.ofj.admin.ch)). Sie wird laufend aktualisiert und erlaubt direkte elektronische Zugriffe auf die wichtigsten und neuesten Dokumente. Neben der Botschaft zur Revision des ZGB vom 14. Februar 2001 ist hier etwa auch unser ak-

tuellstes Kreisschreiben vom 9. April 2001 direkt abrufbar, das Weisungen über die Personenerfassung in der Einführungszeit von "Infostar" und einen Fragebogen über den Stand der Vorbereitungen in den Kantonen enthält. Damit die Einführung von "Infostar" nach Plan erfolgen und der Vollbetrieb Mitte 2003 aufgenommen werden kann, ist eine zeitgerechte und koordinierte Vorbereitung in den Kantonen unerlässlich. Ich zweifle nicht daran, dass Sie dieser Anforderung in Ihrem Kanton auf allen Stufen Ihre volle Aufmerksamkeit schenken, und danke Ihnen dafür.

### **3 Restrukturierungen in den Kantonen**

In beeindruckender Weise traten in Ihrem Kanton sowie im Kanton Basel-Landschaft stark erweiterte Zivilstandskreise bereits am 1. Januar 2000 zusammen mit den neuen Vorschriften des Bundes in Kraft. Sie leisteten echte Pionierarbeit, indem Sie differenzierte Kriterien zur Berechnung des Arbeitsaufwandes für Zivilstandsämter bereitstellten und die Vorgaben des Bundes, das heisst den minimalen Beschäftigungsgrad für Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte von 40 Prozent, im Rahmen der kantonalen Bedürfnisse vorbildlich umsetzten. Es freut uns, dass sich die neuen Strukturen bewähren. Für Ihr Engagement gebührt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, Dank und Anerkennung.

In den meisten Kantonen bestehen Arbeitsgruppen, in denen alle interessierten Kreise, vor allem auch die Gemeinden und die kantonalen Verbände der Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten, vertreten sind und die nach unseren Informationen gut vorankommen. Vereinzelt Opposition kommt etwa im Postulat von Herrn Nationalrat Decurtins vom 4. Oktober 2000 zum Ausdruck, der die Zivilstandsämter bei den Gemeinden als eine ihrer "Kernkompetenzen" belassen möchte und vom Bundesrat eine Überprüfung des minimalen Beschäftigungsgrades in der Zivilstandsverordnung verlangt. Da die Antwort des Bundesrates noch aussteht, kann ich mich dazu vorläufig nicht äussern.

### **4 Parlamentarische Initiative Sandoz**

Die am 14. Dezember 1994 von alt Nationalrätin Suzette Sandoz eingereichte parlamentarische Initiative verlangt eine Änderung der Bestimmungen des Zivilgesetzbuches über den Familiennamen der Ehegatten mit dem Ziel, die Gleichstellung von Frau und Mann zu verwirklichen. Der Vorentwurf kam 1997 im Vernehmlassungsverfahren gut an. Im Bericht und Entwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates erfuhr die neue Regelung vor allem eine Erwei-

terung auf die Familiennamen der Kinder und die Bürgerrechte der Ehegatten und der Kinder.

Zur Zeit steht die Änderung des Zivilgesetzbuches in der Endphase der parlamentarischen Beratung. Zwischen National- und Ständerat besteht nur noch eine geringfügige Differenz. Es wird voraussichtlich möglich sein, die Schlussabstimmungen in der kommenden Sommersession vorzunehmen. Im Eidgenössischen Amt für das Zivilstandswesen arbeiten wir intensiv an der Änderung der Zivilstandsverordnung zur Umsetzung der Neuerungen im Zivilgesetzbuch, die eventuell bereits am 1. Januar 2002 in Kraft treten könnten. In diesem Fall wären die Ausbildungskurse für kantonale Instruktorinnen und Instrukturen im kommenden November durchzuführen.

Die wichtigsten Neuerungen erläutere ich Ihnen kurz mit der beiliegenden Folie 5. Die Änderung bei den Bürgerrechten werden die Familienregisterführung erheblich beeinflussen. Die Revision der Zivilstandsverordnung wird vermutlich auch eine neue Randanmerkung im Geburtsregister für Geschlechtsänderungen enthalten. Für den an sich sehr kleinen Kreis von betroffenen Personen besteht ein echtes Bedürfnis an einem Geburtsschein, der auf das neue Geschlecht lautet.

## 5 "Guichet virtuel"

Am 19. April 2001 haben wir den kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen für sich und zuhanden der Zivilstandsämter ein Kreisschreiben über die Schaffung einer elektronischen "Plattform Zivilst@nd Schweiz" übermittelt. Im Rahmen des elektronischen Behördenverkehrs ("E-Government") hat der Bund mit den Kantonen eine Vereinbarung mit dem Ziel der Schaffung einer "elektronischen Pforte oder Schalterstelle" ("Guichet virtuel" oder "Guichet universel") getroffen. Federführend ist die Bundeskanzlei.

Eine Studie über die Bedürfnisse der Bevölkerung hat ergeben, dass vor allem das Zivilstandswesen und die Einwohnerkontrollen über diese Schalterstelle zugänglich sein sollten. Darüber dürfen wir uns als zuständige Stellen freuen, denn neben der öffentlichen Anerkennung unserer Dienstleistungen ist damit mittel- und längerfristig zweifellos eine Erleichterung unserer Arbeit verbunden. Mit Folie 6 erläutere ich Ihnen summarisch unser Arbeitspapier "Plattform Zivilst@nd Schweiz".

## **6 Bekämpfung missbräuchlicher Eheschliessungen**

Im Vorentwurf zu einem Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer, welches das geltende Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung ausländischer Personen ("ANAG") ablösen soll, wurde keine konkrete Änderung des Zivilgesetzbuches zur Bekämpfung missbräuchlicher Eheschliessungen vorgeschlagen. Im Vernehmlassungsverfahren bestand jedoch die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Stellungnahme aufgrund einschlägiger Fragen. Auf der beiliegenden Folie 7 finden Sie einen Auszug aus dem Begleitbericht zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer.

Im Ergebnis wünscht eine deutliche Mehrheit der Kantone und Parteien sowie auch der Schweizerische Verband der Zivilstandsbeamten und Zivilstandsbeamtinnen eine klare Regelung im Zivilgesetzbuch. Wenn ein offensichtlicher Missbrauch vorliegt, soll die Trauung verweigert oder die Ehe ungültig erklärt werden können. In einzelnen Kantonen, so auch im Kanton Bern, wurden bereits Trauungen aus diesem Grund verweigert. Doch es ist teilweise umstritten, ob eine genügende Rechtsgrundlage besteht. Mehrere parlamentarische Vorstösse zielen ebenfalls auf eine Änderung des Zivilgesetzbuches. Zur Zeit sind in unserem Bundesamt für Justiz nähere Abklärungen im Gange.

## **7 Abschliessende Bemerkung**

Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich hoffe, dass Ihnen mein Rundgang zu den wichtigen Baustellen der Beurkundung des Personenstandes einen Überblick über den Stand aktueller Projekte verschafft hat. Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen. Im neuen Verbandsjahr wünsche ich Ihnen beruflich und privat alles Gute und viele erfreuliche Erlebnisse.

## Beilagen (Kopien der projizierten Folien)

### Zu Ziffer 2 (Projekt "Infostar")

- (1d) Artikel 43a (neu) Entwurf ZGB (Fassung der Botschaft vom 14.2.2001)
- (1f) Article 43a (nouveau) projet CC (teneur du message du 14.2.2001)
- (2d) Artikel 45a (neu) Entwurf ZGB (Fassung der Botschaft vom 14.2.2001)
- (2f) Article 45a (nouveau) projet CC (teneur du message du 14.2.2001)
- (3d) Übersicht über die Gesamtplanung "Infostar" (Stand: 5.12.2001)
- (3f) Aperçu de la planification générale "Infostar" (Etat: 5.12.2001)

### Zu Ziffer 3 (Restrukturierung in den Kantonen)

- (4d) Auszug aus dem Postulat Decurtins vom 4.10.2000
- (4f) Extrait du Postulat Decurtins du 4.10.2000

### Zu Ziffer 4 (Parlamentarische Initiative Sandoz)

- (5d) Überblick über den Stand der parlamentarischen Beratung
- (5f) Aperçu de l'état des débats parlementaires

### Zu Ziffer 5 ("Guichet virtuel")

- (6d) Plattform Zivilst@nd Schweiz (Diskussionspapier EAZW)
- (6f) Plate-forme ét@t civil suisse (Base de discussion de l'OFEC)

### Ziffer 6 (Bekämpfung missbräuchlicher Eheschliessungen)

- (7d) Auszug Begleitbericht Entwurf Ausländergesetz (Juni 2000)
- (7f) Extrait du Rapport explicatif relatif au Projet de loi sur les étrangers

Folie 1d**Art. 43a (neu)****V. Datenschutz und Bekanntgabe der Daten**

**1 Der Bundesrat sorgt auf dem Gebiet der Beurkundung des Personenstandes für den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte der Personen, über die Daten bearbeitet werden.**

**2 Er regelt die Bekanntgabe von Daten an Private, die ein unmittelbares schutzwürdiges Interesse nachweisen können.**

**3 Er bestimmt die Behörden ausserhalb des Zivilstandswesens, denen die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nötigen Daten regelmässig oder auf Anfrage bekannt gegeben werden. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die Bekanntgabe nach der kantonalen Gesetzgebung.**

**4 Auf Daten, die für die Überprüfung der Identität einer Person notwendig sind, haben im Abrufverfahren Zugriff:**

- 1. die ausstellenden Behörden nach dem Bundesgesetz vom ... über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige;**
- 2. die für die Führung des automatisierten Fahndungssystems nach Artikel 351bis des Strafgesetzbuches zuständige Stelle des Bundes und die Filtrierstellen der im Fahndungssystem ausschreibenden kantonalen und städtischen Polizeikorps;**
- 3. die für die Führung des automatisierten Strafregisters nach Artikel 359 des Strafgesetzbuches zuständige Stelle des Bundes;**
- 4. die für die Nachforschungen nach vermissten Personen zuständige Stelle des Bundes.**

Transparent 1f**Art. 43a (nouveau)****V. Protection et divulgation des données**

**1 Le Conseil fédéral assure, dans le domaine des actes de l'état civil, la protection de la personnalité et des droits fondamentaux des personnes au sujet desquelles des données sont traitées.**

**2 Il règle la divulgation de données aux particuliers qui justifient d'un intérêt direct et digne de protection.**

**3 Il détermine les autorités externes à l'état civil auxquelles sont divulguées, régulièrement ou sur demande, les données indispensables à l'accomplissement de leurs tâches légales. La divulgation de données résultant de prescriptions contenues dans une loi cantonale est réservée.**

**4 Les autorités suivantes peuvent accéder par procédure d'appel aux données nécessaires à la vérification de l'identité d'une personne:**

- 1. les autorités d'établissement au sens de la loi fédérale du .... sur les documents d'identité des ressortissants suisses;**
- 2. le service fédéral qui gère le système de recherche informatisé de police prévu par l'art. 351bis du code pénal et les services de filtrage des corps de police cantonaux et municipaux raccordés à ce système de recherche;**
- 3. le service fédéral qui tient le casier judiciaire informatisé prévu par l'art. 359 du code pénal;**
- 4. le service fédéral chargé de la recherche de personnes disparues.**



**Art. 45a (neu)****Ia. Zentrale Datenbank**

- 1 Der Bund betreibt für die Kantone eine zentrale Datenbank.**
- 2 Die Datenbank wird von den Kantonen finanziert.**
- 3 Der Bundesrat regelt nach Anhörung der Kantone:**
  - 1. das Verfahren der Zusammenarbeit;**
  - 2. die Zugriffsrechte der Zivilstandsbehörden;**
  - 3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen;**
  - 4. die Archivierung;**
  - 5. die Aufteilung der Kosten.**

Transparent 2f**Art. 45a (nouveau)****Ia. Banque de données centrale**

**1 La Confédération exploite une banque de données centrale pour les cantons.**

**2 Le financement est assuré par les cantons.**

**3 Après consultation des cantons, le Conseil fédéral règle:**

**1. le mode de collaboration;**

**2. les droits d'accès des autorités de l'état civil;**

**3. les mesures organisationnelles et techniques nécessaires pour assurer la protection et la sécurité des données;**

**4. l'archivage;**

**5. la répartition des coûts.**





Folie 4d

Nationalrat

00.3503

Postulat Decurtins

**Änderung der Zivilstandsverordnung (ZStV)**Auszug aus dem Wortlaut des Postulates vom 4. Oktober 2000

...neu ein minimaler Beschäftigungsumfang von 40 Prozent festgesetzt (Artikel 3 Absatz 1bis ZStV).

Die Auswirkungen dieser Bestimmungen von Artikel 3 der Verordnung sind insbesondere für mittlere und kleinere Gemeinden einschneidend. In diesen Gemeinden sind das Zivilstandsamt, das Friedhofvorsteheramt und die Einwohnerkontrolle eng verflochten. Es ergeben sich gegenseitige Synergien. Wird das Zivilstandsamt "herausgebrochen", so gehen nicht nur diese Synergien verloren, sondern in vielen Fällen auch die Möglichkeit, dank einem genügend grossen Arbeitspensum, eine professionelle Verwaltung zu betreiben. Wesentlich ist zudem, dass das Zivilstandsamt bei wichtigen Ereignissen wie Geburt, Heirat und Todesfall für die Einwohnerinnen und Einwohner von grosser Bedeutung ist. Die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde sind bei derartigen Ereignissen auf Hilfe angewiesen. Mit der Aufhebung des Zivilstandsamtes verlieren die Gemeinden eine ihrer Kerntätigkeiten.

...

Die neue Verordnung hat zweifellos einige wesentliche Verbesserungen gebracht. Sie nimmt jedoch viel zu wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Sie schränkt zudem den Spielraum der Gemeinden allzu stark ein. Ein rasche Änderung der Verordnung drängt sich deshalb auf. Selbstverständlich soll auch in Zukunft die Qualität der Dienstleistung "Zivilstandsamt" im Vordergrund stehen. Bei der Revision der Verordnung sollen folgende Ziele anvisiert werden: Der minimale Beschäftigungsumfang für Zivilstandsbeamtinnen und -beamten soll überprüft werden. Allenfalls sind für die betroffenen Gemeinden und Regionen bezüglich Beschäftigungsumfang für Zivilstandsbeamtinnen und -beamte Ausnahmeregelungen vorzusehen.

**Mitunterzeichnende**

Bader Elvira, Bezzola, Dupraz, Gadiant, Galli, Hämmerle, Hassler, Heim, Hess Walter, Loepfe, Lustenberger, Schmid Odilo, Walker Felix, Walter Hansjörg, Zäch (15)

Transparent 4f

Conseil national

00.3503

Postulat Decurtins

Modification de l'ordonnance sur l'état civil

---

**Extrait du texte du postulat du 4 octobre 2000**

**... le degré d'occupation des officiers d'état civil doit atteindre au minimum 40 pour cent (article 3, alinéa 1 bis).**

**Les dispositions fixées à l'article 3 sont lourdes de conséquences pour les communes de petite ou de moyenne taille. Dans ces communes, en effet, l'office d'état civil, l'office des cimetières et le service de contrôle de l'habitant sont étroitement liés, ce qui crée des synergies. Lorsqu'on détache l'office d'état civil, on est privé non seulement de cet effet de synergie, mais aussi de la possibilité de gérer l'administration de façon professionnelle, faute de pouvoir offrir un poste doté d'un pourcentage suffisant. Il faut savoir, en outre, que l'office d'état civil joue un rôle très important lors d'événements comme les naissances, les mariages ou les décès, circonstances dans lesquelles les administrés ont besoin de l'assistance de la commune. La suppression de l'office d'état civil prive les communes d'une de leurs activités essentielles.**

...

**La nouvelle ordonnance a sans aucun doute apporté des améliorations substantielles. Mais elle tient trop peu compte des besoins de la population. En outre, elle réduit trop fortement la marge d'action des communes. Il est donc impératif de la revoir. Bien entendu, la qualité des prestations de l'office d'état civil devra rester le souci premier. La révision aura pour objectif de redéfinir le degré d'occupation minimal des officiers d'état civil. Les nouvelles dispositions prévoiront au besoin des exceptions pour les communes et les régions concernées en matière de degré d'occupation minimal.**

**Cosignataires**

Bader Elvira, Bezzola, Dupraz, Gadiant, Galli, Hämmerle, Hassler, Heim, Hess Walter, Loepfe, Lustenberger, Schmid Odilo, Walker Felix, Walter Hansjörg, Zäch (15)

Folie 5dNamenserklärungen der Brautleute vor der Heirat

- Gemeinsamer Name oder getrennte Namensführung
- Doppelfamiliennamen sind in beiden Fällen möglich
- Familienname gemeinsamer Kinder  
(bei getrennter Namensführung)

Namenserklärungen bei der Geburt

(miteinander verheiratete Eltern, verschiedene Namen)

- Familienname des gemeinsamen Kindes
- Gemeinsamer Familienname für Eltern und Kind  
(unverheiratete Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht)
- Familienname des Vaters für Kind

Namenserklärung Ehegatte nach Auflösung der Ehe

(gerichtlich oder durch Tod)

- Wiederannahme angestammter oder vor Heirat geführter Familienname

Übergangsrechtliche Namenserklärungen

- Ehegatte, der Name bei Heirat geändert, für sich
- Miteinander verheiratete Eltern für gemeinsame Kinder, wenn ein Ehegatte eine übergangsrechtliche Namenserklärung abgegeben hat
- Unverheiratete Eltern mit gemeinsamen Sorgerecht für Kinder

Bürgerrechte

- Heirat hat keine Auswirkungen mehr
- Bürgerrechte der Kinder richten sich nach dem Familiennamen (Vater oder Mutter)

Transparent 5fDéclarations des fiancés concernant le nom

- Nom commun ou noms séparés
- Doubles noms possibles dans les deux cas
- Nom de famille des enfants communs (en cas de noms séparés)

Déclarations concernant le nom lors de la naissance

(parents mariés ensemble, noms séparés)

- Nom de famille de l'enfant commun
- Nom de famille commun pour les parents et l'enfant (parents non mariés ensemble, autorité parentale commune)
- Nom de famille du père pour l'enfant

Déclaration concernant le nom après dissolution mariage

(par le tribunal ou par la mort)

- Reprise du nom de célibataire ou du nom porté avant le mariage

Déclarations concernant le nom de droit transitoire

- Conjoint ayant changé de nom au mariage
- Parents mariés ensemble pour leurs enfants si un des parents a fait usage du droit transitoire
- Parents non mariés ensemble pour les enfants sous leur autorité parentale commune

Droits de cité cantonaux et communaux

- Le mariage n'a plus d'effet
- Les droits de cités des enfants suivent leur nom de famille (père ou mère)



Folie 6d

		Plattform Zivilstand Schweiz	
Zivilstands- register	Name	Heirat	Tod
Dokumente Bestellung	Namensän- derung	Auflösung der Ehe	Name des überlebenden Ehegatten
Register Einsichtnahme	Adoption	Eheerennung	Todesschein
Forschung Genealogie	Anerkennung des Kindes	Eheschein	Erbschaft
	Geburt	Ehelicher Güterstand	Sozialversi- cherungen
	Name, Vor- name	Einreise, Auf- enthalt in der Schweiz	<b>Verschol- lenerklärung</b>
	Geburtsschein	Bürgerrecht (Link)	
	Bürgerrecht (Link)	Suche nach den leiblichen Eltern	
	Fortpflan- zungsmedizin	Sozialversi- cherungen	

Diskussionspapier des EAZW  
(Umfrage bei den Praktikern im Gang)

## Transparent 6f

		Plate-forme état civil suisse							
Registres de l'état civil	Nom	Naissance	Reconnaissance d'enfant	Adoption	Mariage	Dissolution du mariage	Séparation	Décès	
Documents Commande	Changement de nom	Nom, prénom	Nom, prénom	Nom, prénom	Nom	Divorce	Séparation de corps (jugement)	Nom du conjoint survivant	
Registres Consultation		Acte de naissance	Acte de naissance	Acte de naissance	Acte de mariage	Annulation du mariage	Séparation de fait	Acte de décès	
Recherche Généalogie		Nationalité (Link)	Nationalité (Link)	Nationalité (Link)	Régimes matrimoniaux			Succession	
		Procréation médicalement assistée	Recherche des parents biologiques		Entrée, séjour en Suisse (link)			Assurances sociales	
					Nationalité (Link)			<b>Déclaration d'absence</b>	
					Assurances sociales				

Base de discussion de l'OFEC  
(enquête auprès des praticiens en cours)

Folie 7d

## Auszug aus dem Begleitbericht zum Entwurf für ein Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer (Juni 2000)

### Ziffer 262.10 Zusätzliche Missbrauchsbekämpfung durch die Änderung der Bestimmungen über die Ehe im Zivilgesetzbuch

Wiederholt wurde gefordert, den Missbrauch der Eheschliessung zur Sicherung der Anwesenheit in der Schweiz sowohl durch Mittel des Ausländerrechts als auch des Zivilrechts zu bekämpfen. Dadurch könnte die rechtsmissbräuchliche Ehe selbst verhindert oder nachträglich widerrufen werden; heute besteht grundsätzlich nur die Möglichkeit, die ausländerrechtlichen Folgen einer solchen Ehe (d.h. das Aufenthaltsrecht) zu verweigern. Diese Tatsache wird oft als unbefriedigend empfunden.

**Eine mögliche Lösung könnte die seit Juli 1998 in Deutschland geltende Regelung darstellen. Seit der Neuordnung des deutschen Eheschliessungsrechts muss der Standesbeamte seine Mitwirkung bei der Eheschliessung verweigern, wenn *offenkundig* ist, dass die Brautleute keine Verpflichtung zu einer ehelichen Lebensgemeinschaft eingehen wollen.**

Liegen konkrete Anhaltspunkte vor, dass bei den Beteiligten möglicherweise kein Wille zur Gemeinschaft besteht (solche Indizien sind etwa fehlendes Aufenthaltsrecht eines ausländischen Verlobten, widersprüchliche Angaben über den jeweils andern Partner, aussergewöhnlicher Altersunterschied, besondere Dringlichkeit der Eheschliessung u.a.), so ist der deutsche Standesbeamte zur Durchführung zusätzlicher Abklärungen verpflichtet. Wenn die Nachforschungen sich zum Ergebnis verdichten, dass offenkundig eine Scheinehe geschlossen werden soll, hat der Standesbeamte die Eheschliessung in einem begründeten Entscheid zu verweigern. Die Betroffenen können gegen diesen Entscheid das Gericht anrufen. Über die Wirksamkeit der erst seit knapp zwei Jahren geltenden deutschen Regelung sind zur Zeit noch keine repräsentativen Auswertungen bekannt. Vertreter des deutschen Standesamtswesens wollen vorerst nicht von einem merklichen Erfolg der neuen Regelung bei der Bekämpfung missbräuchlicher Eheschliessungen sprechen.

**Neben eher dogmatischen Bedenken sprechen auch praktische Erwägungen gegen eine sinngemässe Übernahme der deutschen Regelung ins Schweizerische Zivilgesetzbuch.**

So würden die Abklärungen des Zivilstandsamtes über das Bestehen eines Willens zur ehelichen Gemeinschaft einen erheblichen Arbeitsaufwand durch das Sammeln und Würdigen von Beweismitteln verursachen. Dessen ungeachtet dürfte es den Zivilstandsbeamten in Wirklichkeit selten gelingen, die auf Eingehung einer blossen Scheinehe gerichtete Absicht der *beiden* Verlobten vor der Trauung zweifelsfrei zu beweisen. Es wäre auch nicht auszuschliessen, dass die Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten je nach ihrer Erfahrung, Menschenkenntnis und beruflichen Belastung gleiche Sachverhalte unterschiedlich beurteilen und entscheiden würden. Nicht zuletzt bestünde die Gefahr, dass sich das Zivilstandsamt als staatliche Dienststelle über Gebühr in den privaten oder gar intimen Bereich von Verlobten einmischt und dass ungewöhnlichen Partnerschaften regelmässig als missbräuchlich angesehen werden. Die grundsätzlich gleichen Probleme bestehen indessen auch, wenn die Ausländerbehörden erst nach der (ungeprüften) Eheschliessung darüber zu befinden haben, ob eine Scheinehe vorliegt oder nicht.

**Der vorliegende Gesetzesentwurf verzichtet auf einen konkreten Vorschlag zur Änderung des ZGB; im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens soll jedoch insbesondere den betroffenen Behörden die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gegeben werden.**

Transparent 7f

## Extrait du Rapport explicatif au Projet de loi sur les étrangers (juin 2000)

### **Chiffre 262.10 Autres moyens de lutte contre les abus par la modification des dispositions sur le mariage dans le CCS**

Il devient absolument nécessaire de lutter contre les abus liés aux mariages conclus pour assurer un droit de séjour en Suisse et cela non seulement au moyen du droit des étrangers mais également du droit civil. Par ce biais, il serait possible d'empêcher la conclusion d'un mariage abusif ou de l'annuler par la suite. Actuellement, seules des conséquences de droit des étrangers, par la remise en cause du séjour, sanctionnent un tel mariage. Cette situation est souvent qualifiée d'insatisfaisante.

**Une solution serait celle qui prévaut en Allemagne depuis juillet 1998. La nouvelle réglementation sur le mariage prévoit en effet que l'officier d'état civil doit refuser sa collaboration à la conclusion d'un mariage s'il ressort des documents que les fiancés n'ont pas la volonté de conclure une communauté conjugale.**

S'il y a des indices concrets que les participants n'ont aucune volonté de former une communauté (constituent notamment de tels indices l'absence d'un droit de séjour de l'un des fiancés, des renseignements contradictoires sur l'autre partenaire, une différence d'âge anormale, l'urgence à conclure un mariage, etc...), l'officier d'état civil doit alors entreprendre des investigations complémentaires. Si l'enquête conduit au résultat qu'à l'évidence un mariage de complaisance va être conclu, l'officier d'état civil doit refuser la conclusion du mariage par une décision motivée. Les personnes concernées peuvent attaquer cette décision en justice. Il n'y a actuellement aucune étude représentative sur l'efficacité de la réglementation allemande, qui n'est en vigueur que depuis à peine deux ans. Les représentants de l'état civil allemand ne veulent toutefois pas encore parler d'un succès notable qui vise à lutter contre la conclusion de mariages abusifs.

**Outre des considérations dogmatiques, des raisons pratiques s'opposent à une reprise analogique de la réglementation allemande dans le code civil suisse.**

En effet, les enquêtes menées par l'état civil sur l'existence d'une volonté de conclure une union conjugale provoqueraient une surcharge de travail importante pour rassembler et examiner les moyens de preuve. Indépendamment de cela, les officiers d'état civil ne parviendraient en réalité que très rarement à démontrer de manière absolue que les fiancés ont l'intention de conclure un pur mariage de complaisance avant la conclusion du mariage. En outre, on ne pourrait exclure que les officiers d'état civil, selon leur expérience, leurs connaissances et leur charge de travail, ne jugent et tranchent de manière différente une même situation. Enfin, il y a le risque que l'office d'état civil en tant que service public se mêle de la vie privée des fiancés et qu'il considère comme abusif tout partenariat sortant de l'ordinaire. Les mêmes problèmes de principe existent lorsque les autorités de police des étrangers doivent déterminer l'existence d'un mariage de complaisance après sa conclusion.

**Le présent projet de loi renonce donc à proposer une modification concrète du code civil. C'est dans le cadre de la procédure de consultation que les autorités particulièrement concernées par ce problème auront la possibilité de prendre position sur cette question.**